

Den Hauptanteil der Kosten, etwa 74 %, hat Norwegen übernommen. Wenn die Expedition nicht über ein eigenes Forschungsschiff verfügen kann, soll sie mit einem norwegischen Walkocherschiff in das Antarktische Meer gebracht und von dort mit kleineren Schiffen an die Küste befördert werden. Professor H. U. *Sverdrup*, der von der Leitung des großen Scripps Institute of Oceanography in La Jolla, Californien, zurückgekehrt ist und die Leitung des im März 1948 errichteten Norwegischen Polarinstituts übernommen hat, wird die Expedition leiten, die auch unter norwegischer Flagge geht. *Sverdrup* und *Ahlmann* werden nach den Arbeiten des ersten Sommers im Februar 1950 nach Hause reisen, die Überwinterungsgruppe von dreizehn bis vierzehn Mann dagegen bis 1952 bleiben. Der Leiter der Überwinterungsgruppe ist Kapitän J. *Gjaever*, ein erfahrener Polarseemann. Die glaziologischen Arbeiten unterstehen fil. lic. V. *Schytt*, der schon 1945 im Kebnekaisegebiet selbständig glaziologisch gearbeitet hat und der von einem englischen Kristallographen unterstützt wird. Für die Meteorologie ist ebenso wie für die Kartographie Norwegen zuständig, doch ist einer der beiden Meteorologen Schwede. Die Geologie fällt den Engländern zu.

Leider ist das Originalmaterial der deutschen Schwabenlandexpedition bei Kriegsende fast völlig verloren gegangen. Es sind nur noch fünfzig Photographien und ein Farbfilm erhalten oder wenigstens in der Westzone greifbar; das meteorologische Material liegt unter den Trümmern der Deutschen Seewarte begraben. Um so wichtiger ist es, daß wenigstens die luftphotogrammetrischen Aufnahmen noch im Kriege zu Karten ausgearbeitet und im Druck veröffentlicht wurden.

C. Troll

RHEINSCHWABEN

Betrachtungen zum gleichnamigen Buch von

Fr. Metz

Wenn es Aufgabe der Geographie ist, das Wesen von Landschaften und Ländern zu erkennen, dann ist sie auch die berufene Wissenschaft, um für die Abgrenzung von Ländern, d. h. von politischen oder verwaltungsmäßigen Gebieten, Vorschläge zu machen. Sie hat geradezu die Pflicht, sich solchen Fragen mit ihrer synthetischen Methode zuzuwenden und die Möglichkeit der Abgrenzung objektiv zu zeigen, damit eine politische Willensbildung im Sinne einer für die Gesamtheit optimalen Lösung einsetzen kann.

Von den Fragekreisen der politischen Geographie Deutschlands steht heute wieder die innerdeutsche Flurbereinigung, die sogenannte Reichsreform, zur öffentlichen Diskussion. Wie bei der napoleonischen Flurbereinigung Süddeutschlands, sind es wieder Besatzungsmächte, die sie fordern, und wie bei den Reichsreformplanungen nach dem ersten Weltkrieg, ist Verwaltungsvereinfachung aus Ersparnisgründen der Hauptmotor. Wie damals werden diese für die künftige Entwicklung entscheidenden Fragen durch die verschiedensten Reklamebeleuchtungen bestrahlt; um so notwendiger erscheint in dieser Situation eine objektive, gemein-

verständliche Klarstellung in geographischer Zusammenschau.

Viele der geographischen Arbeiten aus der Zeit zwischen 1920 und 1923 haben die grundsätzlichen Fragen zum Thema Reichsreform weitgehend geklärt, so daß an sie erinnert werden muß. Es sind vor allem zu nennen die geschichtlich tief unterbaute Untersuchung von *Vogel*¹⁾, der umfassende und zusammenfassende Vergleich von *Obst*²⁾, die Gliederungsversuche in kulturgeographischer Hinsicht von *Tuckermann*³⁾ und in wirtschaftsgeographischer Schau von *Scheu*⁴⁾. Sie werden ergänzt durch die Stellungnahme seitens der Verwaltung von *Hausleiter*⁵⁾ und durch zahlreiche Untersuchungen der Planungsdienststellen. Die Ergebnisse dieser verschiedenartigen Bearbeitungen sind erstaunlich gleichartig und haben eine Reihe größerer Einheiten herausgeschält, die auch im Volk als Zusammengehöriges empfunden werden.

Auf allen diesen Entwürfen ist aber kein Gebiet Deutschlands so einheitlich und gleichartig zusammengefaßt wie der deutsche Südwesten mit dem vereinigten Baden, Hohenzollern und Württemberg. Diese einheitliche Auffassung ist zum guten Teil ein Verdienst von *Metz*⁶⁾, der schon 1920, lange ehe die Reichsreformgedanken in der breiten Öffentlichkeit besprochen wurden, in seiner Heidelberger Rede für den Südwestdeutschen Staat und die Vereinigung von Baden und Württemberg eintrat. Heute, in dem Augenblick, in dem diese Fragen erneut im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehen, liefert *Metz*⁷⁾ auch die eingehende Begründung für diesen Zusammenschluß in seinem Bändchen „Rheinschwaben“ und erfüllt damit die Aufgaben der Geographie zu dieser Frage in einer so einmaligen und lebensnahen Weise, wie sie nur als Frucht einer Lebensarbeit des geographischen und volkskundlichen Forschers und Wanderers *Metz* zu verstehen ist, dem *Wilhelm Heinrich Riehl* Meister und Vorbild ist.

Metz hat sein Büchlein „Rheinschwaben“ getauft und sich damit vorbehaltlos den von *Hellpach* für den südwestdeutschen Raum geprägten Namen zu eigen gemacht. Er erhebt ihn damit aus des Bereich des geistvollen literarischen Terminus zu dem anspruchsvollen, programmatischen Namen eines staatlichen Gebiets.

¹⁾ W. *Vogel*, Deutsche Reichsregierung und Reichsreform in Vergangenheit und Gegenwart. Lpz. u. Bln. 1932.

²⁾ E. *Obst*, Zur Neugliederung des deutschen Reiches. Z. f. Geopolitik. 1928.

³⁾ W. *Tuckermann*, Vorschläge für eine Neugliederung des deutschen Reiches. In: B. *Schmittmann*, Preußen-Deutschland oder deutsches Deutschland. Bonn. 1920.

⁴⁾ E. *Scheu*, Die wirtschaftsgeographische Gliederung Deutschlands. Erde und Wirtschaft. 1927.

⁵⁾ O. *Hausleiter*, Verwaltungsgliederung und Reichsreform. Z. f. d. ges. Staatswissenschaft. 92. Bd. 1932.

⁶⁾ Fr. *Metz*, Der südwestdeutsche Staat und die Vereinigung von Baden und Württemberg. In: Der Schwäbische Bund. 1920.

⁷⁾ Fr. *Metz*, Rheinschwaben. Mit 2 Karten. Heidelberg. F. H. Kerle. 1948. 140 S.

Die bisher nicht gebräuchliche Verknüpfung Rheinschwaben ist außerdem zu ungewohnt und überzeugt ohne Erklärung auch nicht genügend, um sich auf den ersten Anheb durchzusetzen. Den Additionsbezeichnungen, so dem üblichen Württemberg-Baden⁸⁾, ist Rheinschwaben ohne weiteres überlegen. Mit dem gleichen Recht müßte außerdem Hohenzollern und nach dem Metzchen Vorschlag auch die Pfalz in die Verbindung aufgenommen werden. Das Bestimmungswort Rhein in Rheinschwaben dürfte allgemeine Anerkennung für die neue Einheit finden. Ihre Landschaft und die Geschichte sind genetisch mit dem Oberrhein verknüpft, und die Wirtschaft erhält von ihm ihre stärksten Impulse. Das Schwaben, wenn auch in der Einschränkung von Rheinschwaben, dürfte dagegen auf größere Widerstände stoßen. Gewiß entfällt auf den schwäbischen Teil der Hauptteil der Fläche und Bevölkerung, er ist auch der politisch führende zumal im Neckarland; aber Württemberg und Baden sind nur als gegenseitige Durchdringungsräume von schwäbischer und fränkischer Wesensart zu verstehen. Beide Stämme ergänzen sich hier besonders fruchtbar. Das Rheinschwaben ist allerdings tragbar, wenn der mainfränkische Kernraum nach wie vor beim Land Bayern bleibt. Im Vergleich mit dem Namen „Bayern“ ist „Rheinschwaben“ wohl die beste Lösung für die Taufe des noch ungeborenen Kindes.

Der Gegensatz zwischen dem rheinischen Südwesten und dem danubischen Südosten bildet das Leitmotiv der einleitenden Kapitel des Metzchen Buches. Dieser Gegensatz zwischen dem „vielgestaltig gesonderten“ Südwesten und dem „gleichheitlich geeinten“ Südosten wird im Landschaftlichen, in der Besiedlung, in der staatlichen und konfessionellen Entwicklung herausgearbeitet. Donau-Schwaben, wie ja das bayrische Schwaben folgerichtig heißen müßte, wird dabei durchaus zum individualisierten Land gerechnet und in der Darstellung der historischen Entwicklung mit einbezogen; die politischen Folgerungen werden aber nicht daraus gezogen. Bei der staatlichen Entwicklung wird die außerordentliche Zersplitterung am Ende des alten Reiches als ein Hauptgrund für eine Gleichsinnigkeit der Entwicklung erkannt, da das Durcheinander des Streubesitzes der vielen kleinen Herrschaften kultur-geographisch sich einheitlicher auswirken mußte als ein Nebeneinander größerer geschlossener Staatsräume. Es erklärt auch die lange Erhaltung des Schwäbischen Kreises und des durch ihn bedingten Zusammengehörigkeitsgefühls im Südwesten. Diese geschichtlichen Kapitel sind zugleich eine historische Geographie des Südwestens in knappster Zusammenfassung und eine Fundgrube für Einzelangaben, wobei die Reichsritterschaften und die Reichsstädte in ihrem Glanz und Niedergang besonders gewürdigt werden. Selbst der

⁸⁾ Anstelle von Württemberg wird von maßgeblicher landeskundlicher und landeshistorischer Seite wieder die alte Schreibart Wirtenberg vorgeschlagen, die bis zur Erhebung des Landes zum Königreich überwiegend üblich war.

Sieben Schwaben wird hier gedacht, die als Kinder der Selbstironie die Schildbürgerstreiche der kleinen Reichsstädte verkörpern.

„Zufallstaaten und Willkürgrenzen“ überschreibt Metz den Abschnitt über die Länderfabrikation der napoleonischen Zeit und zeigt, in Anlehnung an die scharfen Worte Riehls zu dieser Frage, wie diese Grenzen allenthalben zusammengewachsenes zerrissen; es sei dabei nur an Ulm und Neu-Ulm erinnert. Die unorganische Landesgestalt Badens, deren Wespentaille schon der Gemahlin des badischen Kronprinzen, Stephanie Beauharnais, auffiel, findet dabei in den strategischen Erwägungen der damaligen Zeit ihre Erklärung. Auch das Kuriosum des Ländchens Hohenzollern als geologisches Idealprofil durch das südwestdeutsche Stufenland, vom Wellengebirge bis zum obersten Weißjura und durch das Alpenvorland bis fast zum Bodensee mit einer Grenzentwicklung von fast 500 km bei einem Flächeninhalt von 1140 qkm tritt in das Scheinwerferlicht der Metzchen Ironie.

Ein Hauptkapitel des Büchleins bildet schließlich die Erörterung der Möglichkeiten einer Neuordnung. Die Notwendigkeit, aus Ersparnisgründen die bisherigen Verwaltungsorganisationen zu übernehmen und die hinreichend beleuchteten Schwächen der heutigen staatlichen Organisation zu überwinden, lassen den von der Mehrheit erstrebten Zusammenschluß von Württemberg, Baden und Hohenzollern als einzige Lösung erscheinen. Besonders eingehend begründet Metz auch die Angliederung der Pfalz an Rheinschwaben, die ja in der Pfalz mannigfaltigen Widerhall findet. Das Gebiet ist zu klein, um Eigenland bilden zu können. Sein natürlicher und historischer Kernraum liegt zudem am Oberrhein zu beiden Seiten des Stromes. Die Gleichartigkeit und Zusammengehörigkeit der altpfälzischen Gebiete wurde ja schon immer herausgestellt und die derzeitige Verwaltungstrennung durch den Rhein als schwere Last empfunden. Auch Tuckermann⁹⁾ geht in seinen „Fragen zur Verwaltungsgliederung Südwestdeutschlands“ auf diese Zusammengehörigkeit ein, läßt aber die Frage des pfälzischen Anschlusses selbst offen. Mit dem Mannheimer Industrieraum als wirtschaftlichem und Heidelberg als kulturellem Mittelpunkt würde die Pfalz bessere und eigenständigere Entwicklungsmöglichkeiten erhalten denn als Anhängsel des Frankfurter Raumes.

Daß sich Metz auch mit dem Gedanken des schwäbischen Stammesstaats auseinandersetzt, ist jedem eine Selbstverständlichkeit, der die langjährige erfolgreiche Arbeit seines Allemannischen Instituts für den stammlichen Zusammenschluß kennt. Die politischen Schwierigkeiten der Auseinandersetzung mit Bayern auf der einen Seite und die Unmöglichkeit einer stammlichen Abgrenzung im Neckarbecken und am Oberrhein machen ihn aber zu einem Befürworter der „klein-schwäbischen“ Lösung. Daß die Anhänger eines groß-

⁹⁾ W. Tuckermann, Fragen zur Verwaltungsgliederung Südwestdeutschlands. Ber. z. dt. Landeskunde. Bd. 5. 1948.

schwäbischen Staatsraums in Augsburg, Memmingen, Kempten und in Oberschwaben damit nicht zufrieden sein werden, ist vor auszusehen. Der Widerhall einer solchen Lösung in der breiteren Masse müßte aber lebendiger sein, als dies heute der Fall ist. Metz gibt hier vor allem zu bedenken, daß die Geschichte seit einem Jahrtausend nicht mehr von den Stämmen bestimmt wird und daß im Lauf der Geschichte die zeitweiligen Bevölkerungslücken durch eine nicht stammesgebundene Bevölkerung nach den Notzeiten des dreißigjährigen Krieges und der französischen Raubkriege geschlossen wurden. Auch dem Einfluß der Binnenwanderung seit der Industrialisierung wird nachgegangen und die starke Zuwanderung zum Mannheimer Industrieraum aus dem Württembergischen durch Zahlen belegt. Alle diese Wanderströme wurden aber, dank der Kräfte der Landschaften und ihres Bevölkerungskerns immer wieder assimiliert. Daß dies auch für die Neubürger zutreffen wird, diesem so brennenden Problem unseres Volkskörpers, erscheint deshalb wahrscheinlich, weil ja durch sie alte Blutströme Rheinschwabens zurückgeströmt sind. Auch in ihrem Interesse liegt eine Vereinigung der südwestdeutschen Staaten.

Auch die nicht zu unterschätzenden Kräfte des großherzoglich badischen und königlich württembergischen Staatsbewußtseins sowie der Einfluß einer traditionsgebundenen Beamtenhierarchie werden als Kräfte gegen einen Zusammenschluß richtig gesehen und dagegen an die politische Einsicht, erzwungen von der Notwendigkeit einer Verwaltungsvereinfachung, appelliert.

Während der erste Teil die Fragen des Gesamttraumes behandelt, geht der zweite Teil auf die speziellen Fragen der Verwaltungsgliederung ein, wobei nicht nur die räumliche Struktur, sondern auch die Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Instanzen erörtert werden. Diese eingehende Kenntnis des Verwaltungsapparats, die Metz seiner Tätigkeit als Karlsruher Ministerialbeamter verdankt, ermöglicht ihm, wertvolle Reformvorschläge zu machen. Sein Büchlein wird dadurch in erhöhtem Maße zur Diskussionsgrundlage bei künftigen politischen Verhandlungen und leistet eine entscheidende Vorarbeit. Von diesen Einzelfragen sei vor allem die besonders glückliche Einteilung in vier große Regierungsbezirke herausgegriffen, deren Größe, Struktur und Regierungssitze im einzelnen besprochen werden, wobei die günstige Lage ihrer zentralen Orte ebenso wie die Möglichkeiten ihrer baulichen Entwicklung eingehend geprüft werden. Der Verwaltungsaufbau soll dabei ein ausgesprochen dezentralisierter sein mit großer Selbstverantwortlichkeit der Kreise und reichen Wirkungsmöglichkeiten der Regierungsbezirke in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Dieser Aufbau würde durchaus dem südwestdeutschen demokratischen Grundzug entsprechen, wenn er auch in den bisherigen stark zentralistischen Ländern Württemberg und Baden wenig verwirklicht war.

Die vier vorgeschlagenen Regierungsbezirke sind 1. der von Mannheim mit der Oberrheinebene zwischen Karlsruhe und Mannheim, der Pfalz, dem Kraichgau und Bauland, 2. der von Ludwigsburg mit dem Neckarbecken und seinen Randbergen, den Gäuplatten und Keuperbergen an Kocher und Jagst, 3. der von Freiburg mit dem südlichen Oberrhein und dem Schwarzwald einschließlich Freudenstadt und der Baar und 4. der von Sigmaringen mit der Hochalb und Oberschwaben. Im Vergleich mit dem Gliederungsentwurf von Tuckermann⁶, der ebenfalls Zwischeninstanzen in Regierungsbezirken vorsieht, sind die Bezirke des Metzschen Entwurfs sehr viel größer und damit sparsamer. Sie sind außerdem so ausgeklügelt, daß der Geschäftsmann, der zur Industrie- oder Handelskammer muß, in einem Tage die Reise bewältigt. Auch die Wahl Ludwigsburgs und Sigmaringens als Regierungszentren sind mit solchem Vorbedacht gewählt, daß hier wenig Einwände gemacht werden können.

Es bleibt noch ein wichtiges Kapitel von allgemeinem Interesse zu erwähnen, das von den kulturellen Aufgaben handelt. Aus seiner tiefen Kenntnis des Raumes und des Lebens, das in ihm pulst, hat Metz nichts vergessen und bei der Einrichtung Rheinschwabens als fürsorglicher Hausvater an alles gedacht. Die kirchliche Organisation, die dem Land anzupassen wäre, die Arbeitsteilung der Landeshauptstadt Stuttgart mit Karlsruhe als zweitem Sitz für Landesbehörden werden gleich eingehend behandelt wie die Fragen des Hochschulwesens. Mit Hochschulen wäre ja Rheinschwaben überreich besetzt, so daß eine gegenseitige Planung unentbehrlich wäre, um den Bestand der Institutionen auch weiterhin zu sichern. Hierbei werden wichtige Vorschläge zu einer sinnvollen Kulturpolitik gemacht, die heute ja beim Leben in den zerschlagenen alten Einheiten fehlen muß.

Metz hat mit seinem „Rheinschwaben“, das die Gesamtheit der historischen und gegenwärtigen Kräfte aufzeigt und sie zu einer Einheit verwebt, den Beitrag der wissenschaftlichen geographischen Landeskunde zur Frage der südwestdeutschen Länderreform geliefert. Es bleibt zu hoffen, daß der Beitrag in seiner verantwortungsbewußten, das größere Ganze sehenden Haltung die politischen Kräfte beeinflusst und daß Rheinschwaben in Bälde politische Wirklichkeit wird.

Fr. Huttenlocher

DIE GEWINNUNG VON ERDÖL IN DEN NIEDERLANDEN

Die holländische Wirtschaftszeitung „Economische Voorlichting“ gibt in ihrer Ausgabe vom 20. September 1948 einen Bericht über den erstaunlichen Fortschritt der Erdölgewinnung in den Niederlanden.

Während 1945 noch die gesamte Erdölgewinnung pro Jahr nur rund 5 800 t betrug, war sie ein Jahr später auf 62 600 t angestiegen, erreichte 1947 212 700 t und in der 1. Hälfte des Jahres 1948 bereits 200 300 t! Das Dörfchen Schoonebeck im Osten von